NEWSLETTER DER SPD-FRAKTION IN DER BEZIRKSVERSAMMLUNG ALTONA

Kinder brauchen Vorsorge
Schulärztliche Untersuchung S. 4

April | Mai – Ausgabe 2 / 2013

ROTE SEITEN
ALTONA

RISE

Es reicht! Die Bundesregierung entzieht dem Bezirk die finanzielle Grundlage für sinnvolle Förderung Seite 3

RISSEN

Der Verkehr nimmt stetig zu. Jetzt brauchen wir wirksame Lösungen für den Stadtteil an der Grenze zu Wedel Seite 11

Seniorenarbeit

Alter mit Zukunft

Wir machen attraktive Angebote für die Generation Lebenserfahrung

SPD

EDITORIAL

Mark Classen
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Liebe Altonaerinnen, liebe Altonaer!

Die Bezirksamtsleiterwahl in Altona steht bevor. Thomas Adrian ist der Kandidat der SPD. Warum er der Beste ist, lesen Sie in einem Gastbeitrag vom Hamburger DGB-Vorsitzenden Uwe Grund auf Seite 8.

Die Bundesmittel für die Städtebauförderung werden weiter zusammengestrichen. Das bekommen die Stadtteile im Bezirk deutlich zu spüren. Lesen Sie über die Folgen in Lurup und Bahrenfeld auf Seite 3.

Moderne Seniorenarbeit ist gut vernetzt und schafft Angebote. Das neue Konzept für ältere Menschen in Altona stellen wir auf den Seiten 6 und 7 vor.

Viel Spaß bei der Lektüre der ROTEN SEITEN.

Herzlichst, Ihr

THEMEN, die Altona bewegen

Förderung
Das Programm „Soziale Stadt“ darf nicht weiter von der Bundesregierung gekürzt werden — Seite 3

Kinder
Wer in die Schule kommt, sollte ärztlich untersucht werden / Persönlich: Martina Friederichs, Fraktionsvize — Seite 4

Zuwendungen
Die Vergabe von Geldern darf nicht weiter erschwert werden. Gastbeitrag der Sozialdezernentin von Altona — Seite 5

Seniorenarbeit
Ein modernes Konzept soll ältere Menschen gut vernetzt unterstützen — Seite 6 / 7

Entscheidung
Die Wahl zum Bezirksamtsleiter ist eine Chance. Gastbeitrag von Uwe Grund, Hamburger DGB-Vorsitzender — Seite 8

Serie
Chancen und Grenzen der Bürgerbeteiligung, Teil 2 — Seite 9

Florapark
Eine Arbeitsgemeinschaft soll Dealer verdrängen / Intern: Wahl des neuen Fraktionsvorstands — Seite 10

Rissen
Beim Thema Verkehr verlangen die Anwohner Ehrlichkeit — Seite 11

Letzte Seite
Der Mühlenberger Segelclub erhält mehr Platz — Seite 12

Titelfoto: ASB Hamburg, Anette Schrader

IMPRESSUM

Die Roten Seiten sind der Newsletter der SPD-Fraktion Altona. Archiv aller Ausgaben: www.spdfraktionaltona.de
Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Thomas Adrian, Fraktionsvorsitzender
Gedruckte Auflage: 150 Exemplare

Fraktionsgeschäftsstelle:
Max-Brauer-Allee 20
22765 Hamburg
Telefon: 040 / 389 53 32
E-Mail: info@spdfraktionaltona.de

Redaktionsleiter: Hans Wille
www.hans-wille.de
Layout: Mirjam Büttner
Berater: Joachim C. Wehnelt
Schlussredaktion: Ulrike Wallenfels
Grafisches Konzept: Henrik Strate

RISE

Förderung in den Sand gesetzt?

Die Bundesregierung hat die Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ um mehr als 60 Prozent gekürzt. Das schlägt durch bis auf die Quartiere in Altona. Dabei brauchen Fördergebiete wie am Lüdersring weiterhin Unterstützung

Unterstützung ist kein Spiel: Das Gebiet Lyserstraße soll leider nicht gefördert werden Foto: Thomas Adrian

Um der drohenden Abwärtsspirale in problematischen Stadtquartieren zu begegnen, hat die Bundesregierung von Gerhard Schröder (SPD) 1999 das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ eingeführt. Damit konnten die schwierigen Folgen von massiver Arbeitslosigkeit, hoher Zuwanderungsquote und sozialer Benachteiligung in vielen Quartieren gestoppt werden. Bauliche Erneuerungen setzten im Wohnumfeld positive Signale, soziale und kulturelle Infrastrukturen bildeten die Voraussetzung für ein solidarisches und nachbarschaftliches Miteinander.

Die aktuelle schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Mittel für Städtebauförderung seit 2010 sukzessive von 610 Millionen Euro auf derzeit 455 Millionen Euro zusammengestrichen. Über ein Viertel der Mittel fehlt seitdem in den Problemquartieren der Republik, auch in Hamburg. Und die Mittel für das Programm „Die soziale Stadt“ hat die Merkel-Regierung sogar um über 60 Prozent auf derzeit 40 Millionen Euro gekürzt. Ausgerechnet aus diesem Topf der Städtebauförderung finanziert Hamburg maßgeblich sein „Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilerneuerung“ – kurz RISE genannt.

Derartig umfangreiche Kürzungen kann der Hamburger Haushalt nicht auffangen, wenn der Senat die Schuldenbremse einhalten, also bis 2019 einen ausgeglichenen Haushalt erreichen will. Die massiven Kürzungen der Bundesregierung schlagen also mit voller Wucht bis in die Förderquartiere von Altona durch. Das zwingt die Behörden dazu, die RISE-Mittel sparsam zu verteilen. Anders ausgedrückt: Die Schwelle zur Förderungswürdigkeit wird höher.

Das wirkt sich ganz konkret negativ auf die Zahl der Fördergebiete aus. Im Bezirk Altona bedeutet das etwa, dass die Behörde das Gebiet rund um die Lyserstraße in Bahrenfeld nicht in das Förderprogramm aufgenommen hat, obwohl der Regionalausschuss II dieses Gebiet als förderungswürdig erachtet hat.

Im Luruper Fördergebiet Flüsseviertel / Lüdersring ist die Nachsorgephase Ende 2012 ausgelaufen. Es wird derzeit geprüft, ob die Nachsorge bis Ende 2013 ausgeweitet werden kann. Insbesondere kann man das Gebiet am Lüdersring nicht sich selbst überlassen. Das belegen leider die negativen Zahlen und Fakten der aktuellen Sozialraumbeschreibung. Aus meiner Sicht gibt es am Lüdersring weiterhin dringenden Handlungsbedarf zur Stabilisierung des Quartiers, insbesondere beim Thema Integration. Wenn die Kürzungen der Bundesregierung dazu führen, dass die Nachsorge am Lüdersring nicht verlängert wird, dann ist zu befürchten, dass die mühsam über Jahre hinweg etablierten Strukturen nicht dauerhaft tragen werden. Dann wäre RISE an dieser Stelle in den Sand gesetzt.

Heiko Menz

Sprecher im Regionalausschuss II (Bahrenfeld, Lurup, Osdorf, Iserbrook)

Kinder

Vorsorgen ist besser als heilen

Endlich lernen: Für die Sechsjährigen ist die Einschulung ein wichtiger Schritt ins Leben. Die schulärztliche Eingangsuntersuchung sollte für noch mehr Kinder möglich werden

Alle Jahre wieder werden nach den Hamburger Sommerferien die Sechsjährigen eingeschult. Zuvor sollen die Kinder von Ärzten des Gesundheitsamtes untersucht werden. Bei der schulärztlichen Eingangsuntersuchung überprüfen die Mediziner den Gesundheits- und Entwicklungszustand der Kinder, damit nicht etwaige Störungen oder Verzögerungen die erfolgreiche Teilnahme am Unterricht gefährden. Im Bedarfsfall beraten die Ärzte die Eltern über Behandlungs- und Fördermaßnahmen für einen bestmöglichen Start in die Schullaufbahn.

Foto: © Kzenon / Fotolia.com

Für die SPD-Fraktion Altona stellt die schulärztliche Eingangsuntersuchung daher einen wichtigen Baustein im Bereich der Gesundheit und auch der Bildung der Kinder dar. Entsprechend ist es uns ein Anliegen, dass möglichst alle Kinder eines Jahrgangs schulärztlich untersucht werden.

Wie ich durch eine Kleine Anfrage in Erfahrung bringen konnte, wurden im vergangenen Jahr knapp 83 Prozent unserer Erstklässler untersucht. Jedes sechste Kind aus Altona ist im vergangenen Jahr ohne Untersuchung eingeschult worden.

Mit meiner Fraktion werde ich mich im Ausschuss für Umwelt, Verbraucherschutz und Umwelt dafür einsetzen, dass diese Quote verbessert wird. Wir müssen über neue Kooperationen nachdenken, und aufgrund des Präventionscharakters der Untersuchung sollten auch alternative Finanzierungsmöglichkeiten erschlossen werden. Dazu wird das neue Bundes-Präventionsgesetz nach seiner Verabschiedung hoffentlich neue Möglichkeiten eröffnen. Ebenso ist uns eine weitere Vernetzung mit der Schulbehörde wichtig.

Martina Friederichs
Sprecherin für Umwelt, Verbraucherschutz und Gesundheit

Martina Friederichs

PERSÖNLICH

„Ich lebe im schönsten Bezirk der Stadt“

Martina Friederichs, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und waschechte Hanseatin, ist Hamburg immer treu geblieben

Hamburg, meine Perle“ – der Spruch ist zwar nicht von mir, trifft aber genau mein Gefühl für unsere Stadt. Und Altona liegt mir dabei besonders am Herzen. Im schönsten Bezirk der Stadt lebe ich seit 2007. Ich finde es spannend, die Entwicklungen im Bezirk und speziell in meinem Stadtteil Bahrenfeld aktiv zu begleiten.

Neben meinem Beruf als Juristin und der Altonaer Kommunalpolitik arbeite ich an meiner Doktorarbeit. Entspannen kann ich bei Spaziergängen und Radtouren in Bahrenfeld und an der Elbe. Ich interessiere mich für die Geschichte Hamburgs und führe als Ehrenamtliche der kirchlichen Gedenkstättenarbeit Besucher durch das ehemalige Konzentrationslager Neuengamme.

Mit der Kommunalpolitik habe ich als Studentin in Schenefeld vor den Toren Hamburgs begonnen. In Altona kümmere ich mich als Sprecherin im Ausschuss für Umwelt, Verbraucherschutz und Gesundheit unter anderem um die Themen Reinheit der Luft, Lärmschutz, lokale Agenda 21 und Gesundheitsvorsorge. Damit fange ich bei mir selber an und treibe seit diesem Jahr mehr Sport.

Bezirksamt

Gelder verteilen ist aufwändig

Finanzielle Zuwendungen für Jugendliche, Senioren und Kulturträger zu bewilligen ist eine wichtige Aufgabe für die Bezirke. Doch sie wird immer mehr zur Herausforderung

Foto: Heli Wacker

Ein Gastbeitrag von Imogen Buchholz, Dezernentin für Soziales, Jugend und Gesundheit beim Bezirksamt Altona

Zuwendungsgewährung ist ein typisches Back-office-Geschäft. Doch durch immer höhere Anforderungen wird es immer mehr zur Herausforderung für die Bezirke. Deshalb rücke ich es ausnahmsweise ins Rampenlicht.

Das Bezirksamt Altona bewilligt Zuwendungen für die Aufgabenerfüllung durch freie Träger, etwa für Jugendhilfe, Senioren, Stadtteilkultur. Zuwendungen werden für Einzelprojekte oder als Jahresförderungen bewilligt. Sie können 100 Euro, aber auch 1 Million Euro umfassen.

Herausforderungen der Zuwendungsbearbeitung

Outsourcen

Der Trend, öffentliche Aufgaben auf Private zu übertragen, hält an. Beim Kostenvergleich wird vernachlässigt, dass nicht nur Geld für Personal und Sachmittel gezahlt, sondern ebenso überwacht werden muss, ob der Zuwendungsempfänger das Geld richtig einsetzt. Das erfordert eigene Ressourcen.

Patchwork-Finanzierungen

Da öffentliche Mittel knapp sind, nutzen die Träger vielfältige Finanzierungsquellen. Jeder Teilbetrag kommt aus einem anderen Haushaltstitel. Das vervielfacht die Zahl der Zuwendungsbescheide, Doppelförderungen sind zu vermeiden.

Bürokratie

Bei der Zuwendungsbearbeitung ist u. a. eine 38-seitige (!) Dienstanweisung zu beachten. Der Dokumentationsaufwand ist hoch.

Personal

Für diese Aufgabe benötigt man qualifiziertes Personal. Eine erhebliche Einarbeitungszeit ist erforderlich. Zudem handelt es sich um ein Saisongeschäft mit einer Spitze zum Jahreswechsel. Das macht diesen Bereich störungsanfällig.

Lösungsansätze

Wir brauchen ein variableres Haushaltsrecht. Für Fachaufgaben muss dem Bezirksamt ein Budget zur Verfügung gestellt werden, das nach den Erfordernissen in Fach- und (eigene) Personalausgaben flexibel aufgeteilt werden kann.

Der Ansatz, dass enge Vorgaben für einzelne Fachaufgaben die Aufgabenerfüllung verbessern, wird überzogen. Mittel für ähnliche Fachaufgaben sollten in einem einzigen Haushaltstitel zusammengefasst werden (Offene Kinder- und Jugendarbeit / Familienförderung / Sozialräumliche Hilfen und Angebote oder Stadtteilkultur / Bürgerhäuser / Quartiersfonds).

Personalressourcen müssen so eingesetzt werden, dass der Kontrollaufwand in einem angemessenen Verhältnis zum Risiko des Eintritts und der Höhe eines möglichen Schadens steht. Plausibilitäts- und Stichprobenkontrollen reichen in der Regel aus. Erfahrene Mitarbeiter wissen, wo sie genau hinschauen müssen.

Für Beträge unter 1000 Euro genügt ein extrem vereinfachtes Zuwendungsverfahren.

Die Personalbemessung muss die Arbeitsspitze berücksichtigen und nicht nur die durchschnittliche Belastung.

Hintergrund | Die Sparverpflichtungen des alten CDU-GAL-Senats und fortgesetzt auch durch die SPD führen bei den Bezirksämtern immer mehr dazu, dass durch den Personalabbau einzelne Aufgaben kaum noch wahrgenommen werden können. Das wird besonders im Zuwendungsbereich deutlich: Dort stehen immer weniger Personalressourcen zur Verfügung, um die Vergabe von Zuwendungen zu kontrollieren. Hier muss an Lösungen gearbeitet werden, zumal mit dem „Quartiersfonds“ ein weiterer Finanztopf an die Bezirke geht, aus dem Zuwendungen an Träger und Projekte gezahlt werden.

Foto: Thomas Adrian

Fotos Seite 6 und Seite 7 oben u. Mitte: ASB Hamburg, Anette Schrader

Seniorenarbeit

Für alle Generationen attraktiv

Ältere Menschen brauchen Angebote, die auf sie zugeschnitten sind. Das Konzept für den Bezirk Altona zeigt: Moderne Seniorenarbeit ist gut vernetzt

Fürsorglich: Alle Ressourcen für die Zielgruppe nutzbar machen

Der erste Schritt ist getan: Wir haben ein Konzept für eine zukunftsweisende Seniorenarbeit im Bezirk Altona erarbeitet.

Ziel des Konzeptes ist es, Angebote im Bezirk zu entwickeln, die auf die Bedürfnisse der Seniorinnen und Senioren zugeschnitten sind. Deshalb beziehen wir die Nutzerinnen und Nutzer der sieben bestehenden Seniorentreffs explizit ein in die Planungen, denn sie sind die Experten in eigener Sache. Sie können am besten den eigenen Bedarf abschätzen, um attraktive und gut vernetzte Angebote zu entwickeln.

Spielerisch: Die jungen Alten brauchen neue Angebote

Dazu sollen zunächst qualitative und quantitative Daten zur Lebenslage älterer Menschen in den einzelnen Sozialräumen erhoben und ausgewertet werden. Denn jeder Sozialraum hat seine eigene Ausprägung: Stehen Bildung, Sport und Kultur im Vordergrund oder eher Gesundheitsthemen wie Pflege, Sucht und Demenz, oder geht es um Altersarmut, um Sicherheit und Gewalt, um Sterben und Tod? Reden wir von den „jungen Alten“ oder von Hochbetagten? Wie ist das Verhältnis Frauen – Männer, der Anteil von Migranten, der Bildungsgrad?

Ist ein Sozialraum mit seinen Anforderungen identifiziert, dann werden ehrenamtliche und professionelle Akteure die Planung gemeinsam und kooperativ angehen. Dabei wollen wir möglichst alle Ressourcen für die Zielgruppe eines Sozialraums nutzbar machen. Es geht also um die funktionale Vernetzung aller Akteure – ob sie im Sozialraum oder darüber hinaus verortet sind. Nur wenn wir möglichst viele Angebote, Einrichtungen und Berufsgruppen (von Sozialarbeitern und Seelsorgern über pflegerisch und medizinisch Tätige bis hin zu Professionen im Kultur- und Bildungsbereich) integrieren, können wir den wichtigen Grundgedanken der sozialen Prävention umsetzen. Eine offene Seniorenarbeit, die sich modern nennen will, muss die notwendige Alltagsunterstützung gegen gesellschaftliche Problemlagen wie Altersarmut, Vereinsamung und eingeschränkte Mobilität entwickeln. Um die angestrebte Integration unserer Seniorinnen und Senioren zu erreichen, streben wir Angebote an, die für alle Generationen und Kulturkreise attraktiv und selbstverständlich barrierefrei sind.

Dieses Konzept habe ich als seniorenpolitische Sprecherin meiner Fraktion in Zusammenarbeit mit den Sprecherinnen und Sprechern der anderen Fraktionen, Einrichtungs- und Dachverbandsvertretungen, Fachleuten aus der Seniorenarbeit und Mitgliedern des Bezirksseniorenbeirats unter Federführung des Fachamtes Sozialraummanagement und Beteiligung mehrerer Fachämter des Bezirksamtes entwickelt. Die Bezirksversammlung Altona hat dem im Februar zugestimmt, somit ist der Weg frei für den nächsten Schritt auf dem Weg zu einer modernen Seniorenarbeit in Altona. Bis Ende 2014 soll das Konzept in allen sieben Sozialräumen, in denen bereits ein geförderter Seniorentreff existiert, umgesetzt und durch eine Evaluation begleitet werden. Perspektivisch sollen mit diesem Konzept alle Sozialräume im Bezirk erfasst werden.

Antje Mohr
Seniorenpolitische Sprecherin

Wahl zum Bezirksamtsleiter

Ein Glücksfall für Altona

Kompetenz gewinnt: Wer die Verwaltung für eine Viertelmillion Menschen erfolgreich führen will, braucht Kenntnisse in politischen Strukturen und Erfahrungen im Parlament. Thomas Adrian ist deshalb erste Wahl

Ein Gastbeitrag von Uwe Grund, Luruper Bürger, langjähriger Bürgerschaftsabgeordneter und Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes Hamburg

Nicht immer hat ein Gemeinwesen vor wichtigen Personalentscheidungen das Glück, hoch qualifiziertes Personal aus den eigenen Reihen gewinnen zu können. Altona hat es: Mit Thomas Adrian steht für die wichtige Funktion des Bezirksamtsleiters ein Bewerber zur Verfügung, der alle Kriterien, die eine nüchterne Analyse für eine Auswahl aufstellen muss, kompetent erfüllt.

Thomas Adrian ist Altonaer und lebt mit seiner Familie seit vielen Jahren an der Grenze zwischen Osdorf und Lurup. Er ist ein ausgewiesener Verwaltungsfachmann, der die Strukturen für die vernünftige Organisation eines großen Gemeinwesens in- und auswendig beherrscht. Wir dürfen nicht vergessen: Altona wäre mit seinen 261.000 Einwohnerinnen und Einwohnern im Bundesvergleich eine veritable Großstadt. Wer die Verwaltung für eine Viertelmillion Menschen erfolgreich führen will, der muss auf dem Feld Erfahrung vorweisen können.

Thomas Adrian ist darüber hinaus im Bezirk Altona und in ganz Hamburg bestens vernetzt. In der Wirtschaft, den Verbänden und Vereinen, den sozialen und kulturellen Einrichtungen schätzt man ihn als klugen Kopf und handlungsstarken Politiker. Es ist auch nützlich, dass sich der kommende Bezirksamtsleiter bereits in der Kommunalpolitik bewährt hat. Deshalb erstaunt das Argument der Grünen in Altona, wonach man nicht gewillt sei, einen aktiven Kommunalpolitiker zu nominieren.

Kenntnisse in politischen Strukturen, Erfahrungen im Umgang mit parlamentarischen Funktionen und ein aktuelles Abgeordnetenmandat sind doch ein beachtlicher Vorteil für einen Bewerber und können kein Hemmnis sein. Das haben die Grünen in Hamburg und anderswo in Deutschland immer anerkannt. Sonst hätten so bemerkenswert erfolgreiche und herausragende Persönlichkeiten wie Willfried Maier, Krista Sager, Anja Hajduk und Christa Goetsch kein Senatsamt in Hamburg bekleiden können, hätte Fritz Kuhn nicht Oberbürgermeister in Stuttgart und Winfried Kretschmann nicht Ministerpräsident von Baden-Württemberg werden können. Niemand kann doch ernsthaft behaupten, dass die Grünen-PolitikerInnen, die in Partei und Parlament hervorragende Arbeit geleistet haben, nicht auch anerkannt wertvolle Führungsleistungen in der Exekutive erbracht hätten.

Außer Zweifel steht für mich aus der guten Zusammenarbeit der vergangenen Jahre, dass Thomas Adrian auch in einer weiteren wichtigen Hinsicht für das Amt befähigt ist. Für ihn gilt das Argument in der Sache, er ist hoch kommunikativ und versteht es, in Konflikten zu vermitteln. Er weiß nicht immer alles besser, sondern hört zu, was die Bürgerinnen und Bürger in Altona sagen, kritisieren und anregen.

Darüber hinaus ist er persönlich integer – kurz: ein grundanständiger Typ. Ich bleibe dabei: Seine Wahl wäre ein Glücksfall für Altona, und ich kann nur allen Beteiligten empfehlen, diese Chance für Altona zu ergreifen.

Thomas Adrian, Jahrgang 1965, geboren und aufgewachsen in Osdorf, ist studierter Diplom-Verwaltungswirt mit 27 Jahren Berufserfahrung. Seit dem Jahr 2000 leitet der Oberregierungsrat das Referat für Verkehrssicherheitsarbeit der Behörde für Inneres und Sport. Mitglied der Bezirksversammlung Altona ist er seit über zwanzig Jahren, Fraktionsvorsitzender seit 2001.
Ob auf Urlaubsreisen oder beim Wochenendausflug mit der Familie: In der Freizeit hat Thomas Adrian seine Spiegelreflexkamera immer griffbereit.

SERIE BÜRGERBETEILIGUNG
Chancen + Grenzen

Politik vor Ort

Versehentlich gesprengt

Die Bürgerinnen und Bürger wollen sich immer stärker an den Entscheidungsprozessen von Politik und Verwaltung beteiligen. Wo liegen die Chancen, wo die Herausforderungen dabei? In drei Teilen berichtet Dr. Frank Toussaint, der Vorsitzende der Bezirksversammlung Altona, über ausgewählte Aspekte der Bürgerbeteiligung. Teil 2: Risiken und Nebenwirkungen

Mit Trillerpfeifen wurde die falsche Veranstaltung gestört Foto: Anya Zuchold

Immer öfter werden öffentliche Planungen von Beteiligungsverfahren begleitet. Dabei zeigt sich, dass eine breite Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger am Geschehen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft sehr wohl interessiert ist. Oft hapert es aber an der Kommunikation zwischen Bürgern und Politik oder Verwaltung. Hier ist Aufmerksamkeit und Bewegung auf beiden Seiten gefragt.

Kürzlich forderten die Blankeneser auf einer Beteiligungsveranstaltung frühzeitige Information über solche Abende. Man habe eigentlich von nichts gewusst. Dabei stellte sich heraus, dass die Anzeigenblätter in den Haushalten oft ungelesen im Altpapier landen, die hamburgweit orientierten Zeitungen aber über Lokalveranstaltungen kaum berichten. Was tun? Postwurfsendungen? Noch mehr Plakate? Das sind alles Steuermittel! Vielleicht doch mal das Anzeigenblatt durchblättern!

Am extremsten war wohl die „versehentliche“ Sprengung einer Veranstaltung der Bezirksversammlung im August 2011. Die Bezirksversammlung hatte 2010 den „Zukunftsplan Altona“ aus der Taufe gehoben mit dem Ziel, die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger nicht auf normale Planverfahren und klassische Beteiligungsverfahren zu beschränken, bei denen letztlich der tatsächliche Spielraum für Entscheidungen sehr gering ist. Stattdessen wollte man langfristiger vorgehen und die Politik schon im Vorfeld von Planentscheidungen mit den Ideen und Wünschen der Altonaer befassen. Der Preis dafür sind angesichts der großen Projekte relativ lange Vorlaufzeiten. Wo man sonst von einigen Jahren redet, sind es in diesem Fall wenigstens ein bis zwei Jahrzehnte.

Dafür wurden im Laufe des Jahres von beauftragten Stadtplanern etliche Veranstaltungen zur langfristigen Gestaltung von Altona-Mitte und Altona-Nord mit beeindruckender Bürgerbeteiligung durchgeführt. Das Bahnhofsgelände der Deutschen Bahn AG blieb ausdrücklich ausgeschlossen. Hier waren die Planungen zwar wirklich nicht über jede Kritik erhaben, sie waren aber schon zu weit gediehen, als dass man sie noch sinnvoll in eine solche Vorabplanung hätte einbeziehen können.

Auf einer Abschlussveranstaltung sollten dann Ergebnisse vorgestellt werden. Neben rund 200 Bürgerinnen und Bürgern, von denen wohl die meisten an den vorhergehenden Veranstaltungen teilgenommen hatten, waren auch zwei Aktivisten erschienen mit rund 20 vom nahen Gymnasium rekrutierten Schülerinnen und Schülern – alle ausgerüstet mit Trillerpfeifen. Sie wähnten sich offenbar im kritisierten Verfahren zur Bahnhofsbebauung. Ob sie je gemerkt haben, dass es beim Zukunftsplan um etwas ganz anderes ging, ist dem Autor nicht bekannt. Die Veranstaltung musste jedenfalls abgebrochen werden, und 200 Altonaer zogen unverrichteter Dinge wieder nach Hause.

Ein Film der gesprengten Veranstaltung mit dem Titel „crash altona“ im Internet unter www.youtube.com/watch?v=WdXMhE9Ws78 Statements in den Minuten 07:24 und 11:38 nehmen Bezug auf das Projekt Mitte Altona.

Im Juni folgt Teil 3: Das bringt doch alles nichts mit der Bürgerbeteiligung, oder?

Frank Toussaint
Vorsitzender der Bezirksversammlung

Foto: © Sergiogen / Fotolia.com

Florapark

Dealer unerwünscht

Wo Kinder spielen, wird Cannabis verkauft: Die neu gegründete Arbeitsgemeinschaft Florapark will das verhindern

Seit dem Sommer letzten Jahres sind die Probleme des Floraparks in der Sternschanze offensichtlich geworden: Im großen Stil wird hier in der Öffentlichkeit Cannabis verkauft. Für die SPD ein Zustand, der nicht zu akzeptieren ist. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Park für die Menschen und Familien des Stadtteils sein soll, ein Platz zum Wohlfühlen soll es sein und nicht ein Ort, den man besser meiden sollte.

Um dieser Problematik Herr zu werden, hat die Bezirksversammlung die Arbeitsgemeinschaft Florapark gegründet und mit Geldern ausgestattet. An diesem Runden Tisch haben in bislang zwei Sitzungen Bezirksamt, Initiativen und Vereine aus der Schanze, Freiwillige Feuerwehr, Polizei und nicht zuletzt die Politik einen Aktionsplan erarbeitet, um den Park für die Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen und den Drogenhandel zu verbannen.

Die AG Florapark hat bereits zahlreiche Aktionen gestartet, die sich über den gesamten Sommer erstrecken werden. Erste Erfolge sind zu berichten: Tagsüber scheint der Drogenhandel weitestgehend zum Erliegen gekommen zu sein. Eine wichtige Säule des Erfolgs sind die starke Präsenz und das häufige Einschreiten der Polizei. Bis wir das Problem mit dem Drogenhandel ganz in den Griff bekommen haben, bleibt aber noch viel zu tun. Die AG Florapark wird sich weiterhin regelmäßig treffen.

Gregor Werner

Sprecher im Regionalausschuss I (Ottensen, Sternschanze, Altona-Nord, Altona-Altstadt)

Der neue Fraktionsvorstand v.l.n.r.: Mark Classen, Ilona Schulz-Müller, Claudius von Rüden, Martina Friederichs, Astrid Juster, Dr. Frank Toussaint, Thomas Adrian Foto: Stefan Krappa

Intern

Erfolgreiche Politik fortsetzen

Die Fraktion bestätigt den Vorstand und seine Arbeit

Die Fraktion hat ihren Vorstand turnusmäßig gewählt. Auf der Klausursitzung im März wurde Thomas Adrian mit sehr großer Mehrheit als Vorsitzender bestätigt, ebenso wie Martina Friederichs als erste Stellvertreterin und Mark Classen als zweiter Stellvertreter.

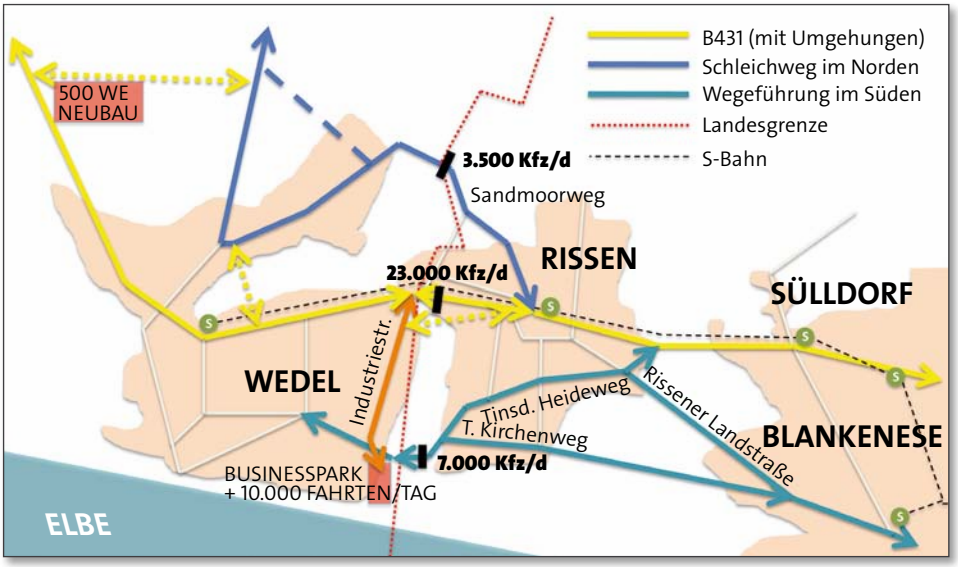
Die Anzahl der Beisitzer wurde von drei auf vier erhöht. In ihrem Amt bestätigt wurden Astrid Juster und Dr. Frank Toussaint, der Vorsitzende der Bezirksversammlung Altona. Neu im erweiterten Fraktionsvorstand sind Ilona Schulz-Müller und Claudius von Rüden.

Mit dem neuen Vorstandsteam und den engagierten Abgeordneten wird die SPD-Fraktion weiterhin erfolgreich die Politik für die Menschen in Altona voranbringen.

Verkehr in Rissen

Ehrlich fährt am längsten – auch bei der Verkehrsplanung

Der Straßenverkehr zwischen Rissen und Wedel steigt. Die Anwohner wollen das nicht länger hinnehmen. Wir suchen gemeinsam nach Lösungen



Kartografie: Henrik Strate

Die Verkehrsentwicklung in Rissen beherrscht dieser Tage die Gespräche im Stadtteil. Drei „Hotspots“ tragen im Wesentlichen die Last der steigenden Verkehrszahlen zwischen Rissen und Wedel.

Die drei Hotspots

- im Süden der Schulauer Weg mit den östlichen Verlängerungen Tinsdaler Heideweg und Tinsdaler Kirchenweg
- in der Mitte die Wedeler Landstraße, die zweispurig als Bundesstraße zwischen dem autobahnähnlichen „Canyon“ und der Landesgrenze verläuft
- im Norden der Verlauf Wespenstieg und Sandmoorweg durch die Feldmark

Bereits seit einigen Jahren sind der SPD-Fraktion die genannten Probleme bekannt. Wir setzen uns für konkrete und realistische Teillösungen ein. Im Tinsdaler Heideweg wollen wir mehr Möglichkeiten zum sicheren Queren der Straße durch halbseitige Verengungen schaffen. Leider blockiert die Polizei diese preisgünstige Variante und fordert stattdessen Mittelinseln, die mit bis zu 150.000 Euro das Zehnfache kosten würden. Um den Lkw-Verkehr im Süden sicher zu unterbinden, soll im Schulauer Weg eine bauliche Lkw-Sperre mit Busschleuse kommen. Das Bezirksamt prüft derzeit die Umsetzung. Im Wespenstieg und im Sandmoorweg machen wir uns für eine Beruhigung des Verkehrs stark.

Wir setzen uns für realistische Szenarien ein

Die Weiterführung der B431 vierspurig durch die Brünschenwiesen wird nun als Allheilmittel von manchen angepriesen. Wahr ist, dass diese Idee seit Jahrzehnten ohne Chance auf Realisierung im Bundesverkehrswegeplan schlummerte. Aufgrund der Vorgaben von Bundesverkehrsminister Ramsauer (CSU) haben nun Hamburg und Schleswig-Holstein die bisher an letzter Stelle gesetzte Ortsumgehung aus der Anmeldung für den kommenden Bundesverkehrswegeplan herausgenommen. Allerdings betont der Senat, dass dies nicht das generelle Aus bedeutet. Jedoch wäre die erneute Anmeldung reine Symbolpolitik. Alle Beteiligten wissen, dass der chronisch unterfinanzierte Plan derzeit nur wenige Verkehrsprojekte realisieren kann.

Die Anwohnerinitiative kritisiert die Entscheidung des Senats. Ich bin der Meinung, dass es ein Ausdruck von Ehrlichkeit ist. Es nützt niemandem, das Vorhaben weiterhin chancenlos im Bundesverkehrswegeplan zu führen, so wie es der CDU-Senat zehn Jahre lang getan hat.

Wir werden uns weiterhin für alle realistischen Szenarien zur Verbesserung der Situation im westlichsten Hamburger Stadtteil einsetzen.

Henrik Strate
Verkehrspolitischer Sprecher

Sport

Land in Sicht

Jollen, die am Eingang zum Hirschpark liegen? Das ist bald vorbei. Der Mühlenberger Segelclub MSC erhält mehr Platz für Segler und Boote

Der Mühlenberger Segelclub MSC in Blankenese erhält weitere Außenflächen zur Lagerung seiner Boote und den derzeit noch anderweitig genutzten Kiosk neben dem Vereinsgebäude. Mit beiden Wünschen war der Verein im Oktober vergangenen Jahres an mich als Vorsitzenden des Ausschusses für Grün, Naturschutz und Sport herangetreten.

Weil die Lagerflächen an Land für die steigende Zahl an Booten zu klein geworden waren, können die Jollen zukünftig östlich des Hafenbeckens abgestellt werden. Die dort bereits befindliche Fläche wird vergrößert. Im Gegenzug werden die Mühlenberger Segler ihre Jollen nicht mehr im Eingangsbereich zum Hirschpark lagern, was für Spaziergänger immer wie eine ungemütliche Notlösung gewirkt hat. Der Park erhält also wieder einen ihm zustehenden Eingangsbereich.

Nicht nur für die Boote, sondern auch für die Bootsbesitzer war das Raumangebot zu klein geworden; das Vereinshaus platzte aus allen Nähten. Da lag es nahe, dass der benachbarte und momentan noch anderweitig verpachtete Kiosk als Erweiterungslösung genutzt werden soll. Momentan laufen die Vertragsgespräche, anschließend kann der Verein die Räume von der Stadt Hamburg pachten. Dann kann er dort Segelkurse durchführen und neue Umkleideräume für die Kinder bauen, die sich bislang bei fast jedem Wetter auf dem Gehweg umziehen mussten. Das öffentliche WC, das dem Kiosk angeschlossen ist, übernimmt der Verein ebenfalls und wird es weiterhin so betreiben, dass es der Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Zuvor müssen die WC-Anlagen dringend renoviert werden.

Diese Lösung, die ich gemeinsam mit der Vereinsführung entwickelt und im Ausschuss für Grün, Naturschutz und Sport auf den Weg gebracht habe, setzt das Bezirksamt derzeit in Zusammenarbeit mit dem Sportreferat, dem Sportamt, der Hamburg Port Authority HPA sowie dem Mühlenberger Segelclub um. Ahoi!

Andreas Bernau
Vorsitzender des Ausschusses für Grün, Naturschutz und Sport

Foto: Thomas Adrian

Abonnieren Sie die Roten Seiten als PDF-Newsletter mit einer E-Mail an newsletter@spdfraktionaltona.de

SPD